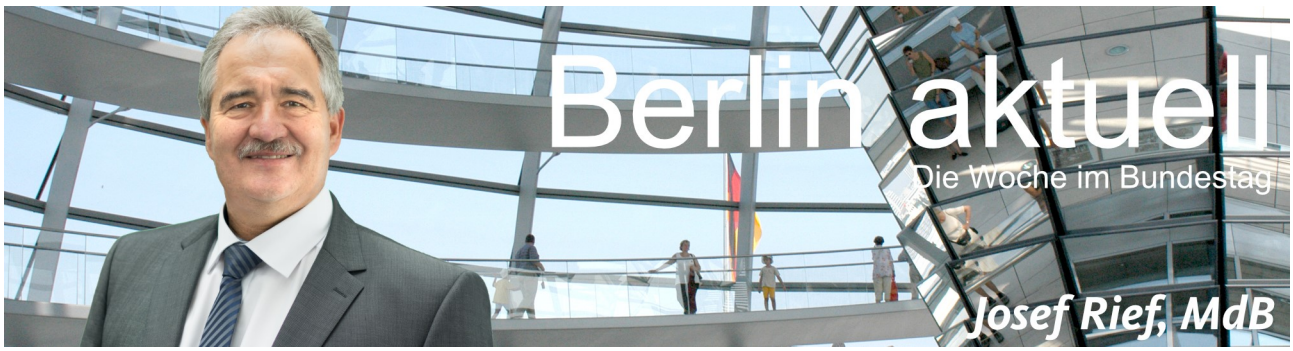

Russland geschlossen gegenübertreten

Bundestag debattiert auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion über die Ukraine-Krise

Im Ukraine-Konflikt hat die Unionsfraktion eine geschlossene Haltung des Westens gegenüber Russland gefordert. Die freie Welt müsse sich dem russischen Präsidenten Wladimir Putin entgegenstellen, forderte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johann David Wadephul in einer von der Union beantragten Bundestagsdebatte. Wadephul kritisierte, dass Bundeskanzler Scholz in dieser Debatte fehlte.

Es drohe nicht weniger als ein Krieg in Europa, sagte Wadephul angesichts des massiven Truppenaufmarschs Russlands an der Grenze zur Ukraine. In einer solchen Krise sei es die erste Pflicht des Bundeskanzlers, die Politik der Bundesregierung vor dem Parlament zu erläutern. „Wo sind Sie, Herr Scholz?“, fragte er. Auch der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Hardt, schloss sich der Forderung nach einer Regierungserklärung zum Thema Russland an.

Gleichzeitig betonten beide, dass die Unionsfraktion verantwortungsvolles Verhalten der Bundesregierung in der Krise unterstütze. Hardt sagte in einem Instagram-Live-Gespräch mit dem Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew, Tim Peters, er habe den Eindruck, Scholz habe seine vierstündige Unterredung mit Putin in Moskau gut genutzt. Auch wenn es keine inhaltliche Annäherung gegeben habe, lasse sich daran diplomatisch anknüpfen. Hardt bedauerte, dass es bislang keine signifikanten Anzeichen für den von Putin angekündigten Abzug seiner Truppen von der ukrainischen Grenze gebe.

Seite 2

Friedrich Merz ist neuer Fraktionsvorsitzender

In der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben die Abgeordneten Friedrich Merz mit fast 90 Prozent zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Dies ist ein eindeutiges wie überzeugendes Votum.
Auch Josef Rief ist überzeugt davon, dass Partei- und Fraktionsvorsitz in Zeiten der Opposition in eine Hand gehören. Das ist mit der Wahl des neuen Vorsitzenden jetzt der Fall. Merz kündigte an, dass die Unionsfraktion in der Opposition nicht nur die Regierung kontrollieren, sondern eigene Themen setzen und Alternativen entwickeln werde. Als wichtige Themen nannte er die soziale Marktwirtschaft und den Klimawandel sowie die innere und äußere Sicherheit. Es brauche auch einen neuen Generationenvertrag zugunsten der jungen Menschen, erklärte er.

Mit einem lang anhaltenden Applaus bedankte sich die ganze Fraktion bei Ralph Brinkhaus für seine Arbeit. Auch Merz dankte seinem Vorgänger für die herausragende Zusammenarbeit. ■

Josef Rief gratuliert Friedrich Merz nach seiner Wahl.

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 444 8782 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

Fortsetzung von Seite 1

Im Bundestag betonte Wadephul erneut, dass die Souveränität der Ukraine unantastbar sei. Das Land habe die freie Wahl darüber, welchem Bündnis es sich anschließen wolle. „Wir dürfen uns von Russland nicht vorschreiben lassen, wer sich unseren defensiv-friedlichen Bündnissen anschließt“, erklärte er. Wadephul warb auch dafür, die Ukraine gegebenenfalls mit defensiven Rüstungsgütern zu unterstützen.

Hardt gab im InstaLive-Gespräch den Eindruck wieder, dass Putin die Entschlossenheit und Geschlossenheit von EU, NATO und G7 unterschätzt habe. Der russische Präsident habe auch nicht einkalkuliert, dass sich die Ukraine unter russischen Druck dem Westen noch mehr annähere. An die Adresse Putins gewandt unterstrich Hardt die Bereitschaft des Westens zu harten Sanktionen, sollte Russland in die Ukraine einmarschieren.

Im Ernstfall müssten alle Optionen eines Sanktionspakets gezogen werden, heißt es auch in einem Bundestagsantrag der Unionsfraktion mit dem Titel: „Russlands Politik mit der Geschlossenheit des Westens entgegentreten“. Darin schreibt die Union: „Für den Deutschen Bundestag hat der transatlantische Schulterschluss allerhöchste Priorität!“ Daher fordert sie auch die Bundesregierung auf, „ihren Schlingerkurs in der Russland-Politik zu beenden, der zu Irritationen bei den NATO- und EU-Partnern sowie bei Nachbarn und befreundeten Partnern führt“. ■

Corona: Für die nächste Welle gewappnet

Nach zwei Jahren Corona-Pandemie wächst die Hoffnung, dass mit dem Abebben der Omikron-Welle das Schlimmste bald überstanden ist. Doch keiner kann vorhersehen, was im Herbst droht. Für den Fall, dass sich eine neue gefährliche Mutante breit macht, will sich die Unionsfraktion mit einem Impfvorsorgegesetz wappnen. Denn nur eine hohe Impfquote schützt vor Covid-19.

In Deutschland ist die Impfquote längst nicht hoch genug, damit wir gut durch eine nächste Corona-Welle im Winter kommen würden. So sind derzeit etwa 20 Millionen Menschen überhaupt noch nicht geimpft, darunter vier Millionen Kinder unter fünf Jahren, für die es noch keinen zugelassenen Impfstoff gibt. In der Gruppe der über 60-Jährigen, die ein besonderes Risiko tragen, im Fall einer Corona-Infektion schwer zu erkranken, sind 2,8 Millionen ungeimpft.

In ihrem fast einstimmig beschlossenen Antrag „Impfvorsorgesetz – ein guter Schutz für unser Land“ fordert die Unionsfraktion die Bundesregierung auf, sich auf zukünftige Wellen vorzubereiten. Dafür sind ein Impfregister, die Intensivierung der Impfkampagne und ein gestufter Impfmechanismus nötig.

Für den Kampf gegen Corona braucht Deutschland eine ausreichende Datenbasis in Form eines Impfregisters. Es gibt Auskunft darüber, wer geimpft ist und wer nicht. Auf diese Weise können Menschen rechtzeitig über notwendige Impfungen oder Auffrischungen informiert und beraten werden. Das Register erlaubt Vorhersagen über eine drohende Überlastung des Gesundheitssystems und hilft bei der Ermittlung von Impfpassfälschungen. Nach den Vorstellungen der Union kann es auf bereits bestehenden Datensätzen aufbauen, etwa der Steuer-Identifikationsnummer.

Die Unionsfraktion setzt sich für die Intensivierung der Impfkampagne ein und die gezielte Ansprache ungeimpfter Bürger, eine verbesserte Aufklärung über den Nutzen von Impfungen und den Kampf gegen Desinformation. Damit im Falle des Falles in großem Maßstab geimpft werden kann, soll der Fraktion zufolge eine ausreichende Infrastruktur vorgehalten werden. Dazu zählen neben den Impfzentren auch mobile Impfzentren, Arztpraxen und Apotheken.

Im Konzept ist definiert, unter welchen Voraussetzungen ein Impfmechanismus in Kraft gesetzt werden könnte. Das hängt davon ab, wie gefährlich eine neue Virusvariante ist: wie schnell sie sich überträgt, wie schwer die Erkrankung ist, die sie auslöst, ob ein wirksamer Impfstoff zur Verfügung steht und wie hoch die Impfquote dann ist. Geimpft werden könnte nach einem Stufenmodell: zunächst die besonders gefährdete Gruppe der über 60-Jährigen, dann die über 50-Jährigen, die Beschäftigten in Schulen, Kitas, den Einrichtungen der kritischen Infrastruktur sowie der Polizei.

Mit diesem differenzierten Konzept sieht sich die Unionsfraktion für die Beratungen im Bundestag über eine eventuelle allgemeine Impfpflicht gut aufgestellt. Mit einem einfachen Bundestagsbeschluss könne der Mechanismus schnell „scharf geschaltet werden“, sollte die Corona-Lage es erfordern. Bislang ist die Unionsfraktion die einzige Fraktion mit einem fertigen Konzept. Die Regierung hat nichts vorlegt. ■

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 🖷 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 444 8782 🖷 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller